WP-04-178-4 Ein Land der Solidarität

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 29.10.2026

Änderungsantrag zu WP-04

Nach Zeile 178 einfügen:
Wir setzen uns für die Förderung von gendergeschützten Räumen und Toiletten in Übernachtungsheimen ein. Es braucht auch tagsüber Räume die einen sicheren Rückzug ermöglichen, Programme die die besonderen Bedarfe von Frauen, Kindern und Tina* Personen mitdenken. Der Schutz vor geschlechtsspezifischer und sexueller Gewalt darf kein Zufall sein: Wir fordern verbindliche, geförderte Gewaltschutzkonzepte sowie verpflichtende Schulungen für das Personal in allen Notunterkünften.

Der Zugang zu Menstruations- und Hygieneartikeln ist eine Frage der Würde. Wir fordern die kostenlose Bereitstellung von Hygieneartikeln an allen Anlaufstellen, Notunterkünften und im öffentlichen Raum. Auch die medizinische Versorgung für obdach- und wohnungslose Menschen in NRW muss verbessert werden und uneingeschränkt zugänglich sein. Wir fordern den Ausbau mobiler medizinischer Hilfen sowie barrierefreie psychologische Unterstützung.

Besonders Familien und alleinerziehende Mütter dürfen keinesfalls in Gemeinschaftsunterkünften mit fremden Erwachsenen untergebracht werden. Es braucht dezentrale, kindgerechte und geschützte Wohnformen. Für Junge Menschen unter 25 Jahren die oft durch das Raster des Hilfesystems durch Couchsurfing oder verdeckte Wohnungslosigkeit fallen, brauchen wir landesweit geförderte Jugend-Anlaufstellen (Streetwork) und ‚Housing First'-Programme speziell für Care-Leaver und junge Erwachsene.

Haustiere, wie Hunde sind für viele obdachlose Menschen wichtige Begleiter und Seelentröster. Unterkünfte müssen so gestaltet werden, dass Tiere mitgebracht werden dürfen, anstatt eine Hürde für eine sichere Übernachtung darzustellen. Menschen ihren tierischen Begleiter abzunehmen, für einen sicheren und trockenen Schlafplatz ist nicht der richtige Weg.

Schwarzfahren, Lagern oder die Vertreibung von wohnungslosen Menschen aus dem öffentlichen Raum (z. B. durch defensive Architektur) müssen beendet werden. Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in NRW muss für wohnungs- und obdachlose Menschen kostenfrei sein.